MEDIENMITTEILUNG DER SP KANTON LUZERN

Luzern, 16. Oktober 2018

Wahltaktische Spiele statt verantwortungsvolles Handeln

Der Regierungsrat beantragt die Initiative „für faire Prämienverbilligung“ zu verschieben. Dies mit dem Hinweis, dass man das Bundesgerichtsurteil abwarten müsse. Das ist nicht statthaft, denn der Schriftenwechsel beim Bundesgericht ist bereits geschlossen.

Es ist völlig klar: Der Regierungsrat beantragt dem Parlament, das für ihn und die bürgerlichen Parteien unattraktive Thema aus dem Wahlkampf zu verbannen. Ansonsten müssten kurz vor den Wahlen CVP, FDP und SVP zeigen, wie familienfeindlich ihre Politik ist. Dass sich der Regierungsrat für solche Spielchen einspannen lässt, offenbart sein sehr geringes staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein.

Bundesgericht machte weitreichende Abklärungen

Das Bundesgericht hat den Fall tatsächlich eingehend geprüft, was auch der Grund für die lange Dauer des Verfahrens ist. Dabei hat es auch Abklärungen getroffen, wie tiefe und mittlere Einkommen definiert werden. Das ist ein Hinweis darauf, dass der Kanton nicht so frei in dieser Definition ist, wie er es immer vorgab. Es gibt keinen Grund die Initiative bereits jetzt zu vertagen und es erst recht keinen, sie um ein ganzes Jahr zu verschieben.

Für weitere Informationen steht Ihnen zur Verfügung:

David Roth, Präsident SP Kanton Luzern, 078 712 94 13

Sozialdemokratische Partei Kanton Luzern
Theaterstrasse 7
6003 Luzern
Telefon 041 311 05 85
Telefax 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch
www.sp-luzern.ch